

**Protokoll
der 38. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 28. April 2015 in der Adolf-Reichwein-Halle**

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 22:45 Uhr

Anwesende Stadtverordnete:	
CDU	FDP
Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
Hafner, Annegret	Jeuthe, Klaus-Dieter
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	
Müller, Toni	Parteilos
Pfeiffer, Kurt	Harff, Gerald
Schnabel, Henrik	
See, Marco	Vom Magistrat waren anwesend:
von Griesheim, Alexander	Bürgermeister Alber, Thomas
Wendt, Thomas	Erster Stadtrat Sill, Heinz
	Stadträtin Dietrich, Petra
SPD	
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Kayacik, Haci
Stengel, Christian	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Dietz, Eleonore	
Kröger, Jürgen	Stadtrat Wenzel, Klaus
Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
See, Herbert	
Zeidler, Reinhard	Abwesende Stadtverordnete
	Roth, Beate
FWG	Topp, Andreas
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
Metzger, Gerhard	
Soff, Walter	Machalitzky, Jörg Jens
Uhlherr, Adolf	
	Abwesend vom Magistrat
Bündnis90/Die Grünen	Stadtrat Blöcher, Gottfried
	Stadtrat Schöniger, Arndt
Quägber-Zehe, Betina	
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Schriftführer:
	Kraus, Andreas
puR	Vertreter der Presse
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	
Schön, Norbert	10 Zuhörer
Wyrwoll, Herbert	

Eröffnung der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 20. April 2015 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Letztes Protokoll

Das Protokoll der Sitzungen vom 24. März 2015 wird angenommen.

Tagesordnung

Von Seiten des Ältestenrates wird vorgeschlagen, den Tagesordnungspunkte 4.1 und 4.2 ohne Aussprache zu behandeln:

Dies wird von den Stadtverordneten angenommen. Somit steht folgende Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Kindertagesstättensatzung vom 24.06.2014
 - 1. Satzung zur Änderung der Satzung
 - Anpassung der Kostenbeiträge zum 01.08.2015
4. Bebauungspläne
 1. 4. Änderung des Bebauungsplan OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“
Hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitplanverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
 2. Bebauungsplan RH G2 „Auf dem Riedgraben“
Hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitplanverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
5. Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.03.2015
 - Windpark Winterstein
6. Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 19.04.2015
 - Windpark Winterstein zügig voranbringen
7. Antrag der FDP-Fraktion vom 16.04.015
 - Änderung der Satzung über die Bildung und die Aufgaben von Elternversammlung, Elternbeirat, Stadtelternbeirat und der Arbeitsgruppe Kinderbetreuung für die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt
8. Antrag der FDP-Fraktion vom 17.04.2015
 - Erhöhte Zuweisungen für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen
9. Antrag der CDU-Fraktion vom 19.04.2015
 - Keine Sanierung des Kreises zu Lasten des Rosbacher Haushalts

Top 1 Mitteilungen

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Karehnke informiert, dass für Wolfgang Datz Jürgen Kröger in die Stadtverordnetenversammlung nachgerückt ist.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin Karehnke verliest eine Einladung des Männergesangvereins Germania sowie eine Einladung des Gesangvereins Eintracht.

Anlässlich der 20 jährigen Städtepartnerschaft mit Polen findet eine Feier am 29. und 30. Mai 2015 statt. Weiterhin findet eine Reise in die Partnerstadt nach Polen statt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt die neue Blütenkönigin Bianca Soff vor. Diese stellt sich in einer kurzen Rede dann auch persönlich vor.

Herr Bürgermeister Alber verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen und ergänzt folgende Punkte.

Der Magistrat hat weitere Anwesen zur Unterbringung von Flüchtlingen in Ober- und Nieder-Rosbach angemietet. Zur Zeit verfügt die Stadt über 95 Plätze zur Unterbringung von Flüchtlingen. Nach aktuellem Stand sind in Zukunft 106 Flüchtlinge unterzubringen.

Nach einem Grundsatzbeschluss vom Februar dieses Jahres steht die Übernahme der Grundschulbetreuung durch den eingetragenen Verein Jugendberatung und Jugendhilfe zum 01.08. dieses Jahres an. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich bereits Anfang Juni mit der Aufgabenstellung befassen können.

Des Weiteren teilt der Bürgermeister mit, dass das Blütenfest ein voller Erfolg war. Der Blütenball war ausverkauft. Das gesamte Blütenfest mit seinen Veranstaltungen war insgesamt gut besucht. Der Bürgermeister bedankt sich in diesem Zusammenhang beim Heimat- und Geschichtsverein, dem Obst- und Gartenbaumvereins, dem BUND Rosbach und den Kindertagesstätten. Einen besonderen Dank geht an den Ersten Stadtrat Herr Heinz Sill, der die Aktion 1000 Eichen für Rosbach initiiert hat. Nicht zu Letzt, geht ein Dank an den Marktmeister Herr Norbert Schön. Das Blütenfest wurde mit neuem Konzept und neuem Gewand zu einem vollen Erfolg.

Eine weitere Mitteilung betrifft die Saisonöffnung der Freibades Rodheim. Die Gebührenordnung wurde hier erneuert.

Des Weiteren wurde eine Aktion für die Pflege der Ausgleichsflächen durch Bürger gestartet.

Vorab kündigt der Bürgermeister an, dass eine Anpassung der Hundesteuersatzung ansteht.

Weiterhin teilt der Bürgermeister mit, dass die Verwendung des Preisgeldes von Mission Olympic in Höhe von 10.000 Euro an den Förderverein zur Förderung des Sports in Rosbach geht. Dies mit der Zweckbindung für den Kinder- und Jugendsports.

Herr Dr. Rathjens berichtet, dass der Haupt- und Finanzausschuss am 16.04.2015 getagt habe.

In der Sitzung seien die TOPs „Berichtswesen, hier die Entwicklung des Haushalts im 1. Quartal 2015“, „Haushaltssicherungskonzept“, „Neufassung der Gebührenordnung Freibad Rodheim“ sowie „Kindertagesstättenatzung, hier Satzung zur Änderung der Satzung,“ beraten worden.

Frau Quägber-Zehe berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 14.04.2015 getagt habe.

In der Sitzung seien die TOPs „4. Änderung des Bebauungsplan OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“ hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitplanverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB“ sowie „Bebauungsplan RH G2 „Auf dem Riedgraben“, hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitplanverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB“ beraten worden.

Top 2 Kleine Anfragen

Es liegen keine kleinen Anfragen vor.

Top 3 Kindertagesstättenatzung vom 24.06.2014 - 1. Satzung zur Änderung der Satzung - Anpassung der Kostenbeiträge zum 01.08.2015

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„Die 1. Satzung zur Änderung der Kindertagesstättenatzung vom 24.06.2014, Entwurfsstand 30.03.2015 wird beschlossen.“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen legen einen Änderungsantrag vor:

„Die Erhöhung der Elternbeiträge wird auf 6,7 % begrenzt. Dazu wird in Artikel 1 der Änderungssatzung die Formulierung des geänderten § 10 Abs. 9a) und b) dergestalt geändert, dass anstelle der im Magistratsentwurf enthaltenen Tabellen, die Tabellen aus der Vorlage, „Kitagebühren 2015 Erhöhung %“, Tabelle 2: „ab 01.08.2015 + 6,7 % Dynamisierung Personalkosten“ (Seite 9 der Vorlage) eingesetzt werden.“

Der Stadtverordnete Peter Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) begründet zunächst den Antrag. Er sieht keine Notwendigkeit die Gebühren ab 1.8. um weitere 15 % anzuheben. Weitere soziale Verwerfungen in diesem Bereich sind zu verhindern.

An den weiteren Beratungen beteiligen sich die Stadtverordneten Christian Lamping (FWG), Jörg Egerter (CDU), Cornelia Launhardt (puR), Gerhard Harff (parteilos), Hans Otto Jacobi (FDP), Dr. Hans Peter Rathjens (SPD) sowie Bürgermeister Thomas Alber.

Im Zuge der Beratung beantragt der Stadtverordnete Peter Scholz die namentliche Abstimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

Dachs, Karl-Heinz (SPD): Nein
Dietz, Eleonore (SPD): Nein
Kröger, Jürgen (SPD): Nein
Rathjens, Dr., Hans Peter (SPD): Nein
See, Herbert (SPD): Nein
Stengel, Christian (SPD): Nein
Zeidler, Reinhard (SPD): Nein
Harff, Gerald (Parteilos): Ja
Jacobi, Hans Otto (FDP): Ja
Jeuthe, Klaus Dieter (FDP): Ja
Quägber-Zehe, Betina (Bündnis 90/Die Grünen): Ja

Scholz, Peter (Bündnis 90/Die Grünen): Ja
Launhard, Cornelia (puR): Nein
Schön, Norbert (puR): Nein
Wyrwoll, Herbert (puR): Nein
Egerter, Jörg (CDU): Ja
Hafner, Annegret (CDU): Ja
Karehnke, Regina (CDU): Ja
Müller, Toni (CDU): Ja
Pfeiffer, Kurt (CDU): Ja
Schnabel, Henrik (CDU): Ja
See, Marco (CDU): Ja
von Griesheim, Alexander (CDU): Ja
Wendt, Thomas (CDU): Ja
Lamping, Christian (FWG): Nein
Metzger, Gerhard (FWG): Nein
Soff, Walter (FWG): Nein
Uhlherr, Adolf (FWG): Nein

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist abgelehnt.

Als nächstes ruft die Stadtverordnetenvorsteherin zur namentlichen Abstimmung über die Magistratsvorlage auf.

Dachs, Karl-Heinz (SPD): Ja
Dietz, Eleonore (SPD): Ja
Kröger, Jürgen (SPD): Ja
Rathjens, Dr., Hans Peter (SPD): Ja
See, Herbert (SPD): Ja
Stengel, Christian (SPD): Ja
Zeidler, Reinhard (SPD): Ja
Harff, Gerald (Parteilos): Enthaltung
Jacobi, Hans Otto (FDP): Nein
Jeuthe, Klaus Dieter (FDP): Nein
Quägber-Zehe, Betina (Bündnis 90/Die Grünen): Nein
Scholz, Peter (Bündnis 90/Die Grünen): Nein
Launhard, Cornelia (puR): Ja
Schön, Norbert (puR): Ja
Wyrwoll, Herbert (puR): Ja
Egerter, Jörg (CDU): Nein
Hafner, Annegret (CDU): Nein
Karehnke, Regina (CDU): Nein
Müller, Toni (CDU): Nein
Pfeiffer, Kurt (CDU): Nein
Schnabel, Henrik (CDU): Nein
See, Marco (CDU): Nein
von Griesheim, Alexander (CDU): Nein
Wendt, Thomas (CDU): Nein
Lamping, Christian (FWG): Ja
Metzger, Gerhard (FWG): Ja
Soff, Walter (FWG): Ja
Uhlherr, Adolf (FWG): Ja

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt bei 14 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung der Magistratsvorlage zu.

Top 4.1

4. Änderung des Bebauungsplan OR/16 „Feldpreul und andere Gemarkungsteile“

Hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitplanverfahren gemäß

§ 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Die Stadtverordneten Jürgen Kröger, Walter Soff und Hans Otto Jacobi verlassen wegen Befangenheit den Sitzungssaal.

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„(1) Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Rosbach v.d.Höhe beschlossen.

(2) Die Änderung des Bebauungsplanes wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.

(3) Der Bebauungsplan wird gem. § 10 Abs.3 BauGB in Kraft gesetzt.

Eine Kopie des Bebauungsplanes mit Begründung wird dem Originalprotokoll der Stadtverordnetenversammlung beigelegt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Top 4.2

Bebauungsplan RH G2 „Auf dem Riedgraben“

Hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitplanverfahren gemäß

§ 3 Abs. 2 u. § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Magistratsvorlage vor:

„1. Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Rosbach v.d.Höhe beschlossen.

2. Der Bebauungsplan RH G2 „Auf dem Riedgraben“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 5 HGO und § 81 HBO als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.

3. Der Bebauungsplan wird gem. § 10 BauGB in Kraft gesetzt.

Eine Kopie des Bebauungsplanes mit Begründung wird dem Originalprotokoll der Stadtverordnetenversammlung beigelegt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Die Stadtverordneten Jürgen Kröger, Walter Soff und Hans Otto Jacobi nehmen wieder an der Sitzung teil. Die Abstimmungsergebnisse werden ihnen mitgeteilt.

Top 5

**Anfrage der SPD-Fraktion vom 15.03.2015
- Windpark Winterstein**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt eine Anfrage der SPD-Fraktion vor:

„1. Welche Konsequenzen hätte ein solches Ausscheren der Stadt Friedberg aus dem in interkommunaler Zusammenarbeit geplanten Windpark Winterstein?

2. Beabsichtigt der Magistrat vor einer eventuellen Stellungnahme zu einem BImSchG-Verfahren der Stadt Friedberg Informationsveranstaltungen für unsere Bürger und eine Bürgerbefragung durchzuführen?

3. Welche Planungen für die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Taunuskamm seitens der Städte Bad Homburg und Friedrichsdorf sind dem Magistrat bekannt?“

Bürgermeister Thomas Alber beantwortet die Fragen wie folgt:

Der Magistrat der Stadt Friedberg hat sich zwischenzeitlich dafür entschieden, die weiteren Planungen bis zur Klärung der gerichtlichen Fragen (Abstand Flugsicherung) ruhen zu lassen.

Der Magistrat der Stadt Rosbach v.d.Höhe würde, sobald die technischen Fragen zur Umsetzung der Windpark Einrichtung und die betriebswirtschaftliche und ökologische Seite geklärt ist, eine Bürgerbeteiligung durchführen.

Zur Frage drei sind keine Pläne der Städte Bad Homburg und Friedrichsdorf bekannt.

TOP 6

**Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Fraktion vom 19.04.2015
- Windpark Winterstein zügig voranbringen**

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

„Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach bekräftigt Ihren Beschluss, auf dem Gebiet des Winterstein-Taunuskamm in Abstimmung mit den angrenzenden Nachbarkommunen und Waldeigentümern einen gemeinsamen Windpark zu errichten.

Durch die mittlerweile eingetretenen Entwicklungen scheint eine erfolgreiche Umsetzung dieses Ziels gefährdet, sollte die Inkraftsetzung des Regionalen Flächennutzungsplanes – Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien – abgewartet werden, bevor das Projekt weiter verfolgt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach beschließt daher folgende Konkretisierung ihres Beschlusses vom 27.03.2012:

Die Pläne von Hessen-Energie und OVAG, auf kommunalen Flächen der Stadt Friedberg am Winterstein einen Windpark im Genehmigungsverfahren nach BImSchG zu errichten, werden ausdrücklich begrüßt.

Der Magistrat wird aufgefordert, mit Hessen Energie und OVAG als Projektentwickler in konkrete Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziel, die Planung auch auf Rosbacher Gemarkung, und hier insbesondere auf Flächen, die im Eigentum der Stadt Rosbach stehen und innerhalb der Vorranggebiets für Windenergienutzung Nr. 7800 (Vorentwurf 2013) liegen, zu erweitern. Mit den Projektentwicklern soll ein entsprechender städtebaulicher Vertrag sowie ein Pachtvertrag abgeschlossen werden.

Diese Verhandlungen sollen in enger Abstimmung mit den Nachbarkommunen Wehrheim und Friedberg sowie den Waldbesitzern Hessen-Forst und Bundesforst geführt werden.

Vorrangiges Ziel muss es sein, das Genehmigungsverfahren bis spätestens 31.12.2016 abgeschlossen zu haben, da sich ansonsten die Rahmenbedingungen dergestalt verändern, dass die Umsetzung des Vorhabens gefährdet erscheint. Um dieses Ziel zu erreichen, muss jetzt umgehend gehandelt werden, da ansonsten die teilweise zeitintensiven Voruntersuchungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nicht mehr rechtzeitig abgeschlossen werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung akzeptiert, dass durch die skizzierte geplante Projektentwicklung durch Hessen-Energie und OVAG eine direkte finanzielle Beteiligung der Kommune nicht möglich ist, und die Erträge der Stadt sich dadurch auf die Pachteinnahmen beschränken würden. Auf der anderen Seite entsteht durch dieses Verfahren kein Kostenrisiko für die Kommune, insbesondere was die Unsicherheit durch eventuelle Einsprüche der DFS/BAF angeht. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die mögliche Bürgerbeteiligung im Projekt durch die geplante Beteiligung der MiEG, sowie die zu erwartende hohe regionale Wertschöpfung durch den im kommunalen Eigentum stehenden OVAG Konzern.“

Der Stadtverordnete Peter Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) begründet zunächst den Antrag und weist nochmal auf die Beschlüsse der Städte Friedberg, Ober-Mörlen, Wehrheim und Rosbach hin. Die Kommunen hatten sich geschlossen dafür ausgesprochen, das gemeinsame Projekt Windpark auf dem Taunuskamm zu realisieren.

An den weiteren Beratungen beteiligen sich die Stadtverordneten Cornelia Launhardt (puR), Peter Scholz (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Hans Peter Rathjens (SPD), Jörg Egerter (CDU), Eleonore Dietz (SPD), Gerhard Metzger (FWG), Christian Lamping (FWG) sowie Bürgermeister Thomas Alber.

Infolge der Beratungen wird der Antrag durch das Parlament modifiziert und erhält folgende Fassung:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach bekräftigt Ihren Beschluss, auf dem Gebiet des Winterstein-Taunuskamm in Abstimmung mit den angrenzenden Nachbarkommunen und Waldeigentümern einen gemeinsamen Windpark zu errichten.

Durch die mittlerweile eingetretenen Entwicklungen scheint eine erfolgreiche Umsetzung dieses Ziels gefährdet, sollte die Inkraftsetzung des Regionalen Flächennutzungsplanes – Sachlicher Teilplan Erneuerbare Energien – abgewartet werden, bevor das Projekt weiter verfolgt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach beschließt daher folgende Konkretisierung ihres Beschlusses vom 27.03.2012:

Die Pläne, auf kommunalen Flächen der Stadt Friedberg am Winterstein einen Windpark im Genehmigungsverfahren nach BImSchG zu errichten, werden ausdrücklich begrüßt.

Der Magistrat wird aufgefordert, mit möglichen Projektentwickler in konkrete Verhandlungen einzutreten, mit dem Ziel, die Planung auch auf Rosbacher Gemarkung, und hier insbesondere auf Flächen, die im Eigentum der Stadt Rosbach stehen und innerhalb der Vorranggebiets für Windenergienutzung Nr. 7800 (Vorentwurf 2013) liegen, zu erweitern. Mit den Projektentwicklern soll ein entsprechender städtebaulicher Vertrag sowie ein Pachtvertrag abgeschlossen werden.

Diese Verhandlungen sollen in enger Abstimmung mit den Nachbarkommunen Wehrheim und Friedberg sowie den Waldbesitzern Hessen-Forst und Bundesforst geführt werden.

Vorrangiges Ziel muss es sein, das Genehmigungsverfahren bis spätestens 31.12.2016 abgeschlossen zu haben, da sich ansonsten die Rahmenbedingungen dergestalt verändern, dass die Umsetzung des Vorhabens gefährdet erscheint. Um dieses Ziel zu erreichen, muss jetzt umgehend gehandelt werden, da ansonsten die teilweise zeitintensiven Voruntersuchungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nicht mehr rechtzeitig abgeschlossen werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung akzeptiert, dass durch die skizzierte geplante Projektentwicklung eine direkte finanzielle Beteiligung der Kommune nicht möglich ist, und die Erträge der Stadt sich dadurch auf die Pachteinahmen beschränken würden. Auf der anderen Seite entsteht durch dieses Verfahren kein Kostenrisiko für die Kommune, insbesondere was die Unsicherheit durch eventuelle Einsprüche der DFS/BAF angeht.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den modifizierten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

23 Ja-Stimmen

(9 CDU, 4 FWG, 3 SPD, 3 puR, 2 Grüne, 2 FDP)

4 Nein-Stimmen

(3 SPD, 1 Hr. Harff)

1 Stimmenthaltung

(1 SPD)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem modifizierten Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Top 7

Antrag der FDP-Fraktion vom 16.04.015

- Änderung der Satzung über die Bildung und die Aufgaben von Elternversammlung, Elternbeirat, Stadtelternbeirat und der Arbeitsgruppe Kinderbetreuung für die Kinderbetreuungseinrichtungen der Stadt

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der FDP-Fraktion vor:

„A) In § 9 Absatz 1 lautet der zweite Satz: „Sie setzt sich zusammen aus Vertretern der pädagogischen Fachkräfte, der Erziehungsberechtigten, der Träger der Tageseinrichtungen, der örtlichen Schulleitungen, des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung oder von Fraktionen benannten Experten.“

B) In § 9 Absatz 6 lautet der erste Satz: „Die Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung können jeweils eine/n Delegierten oder eine/n benannten Experten/in sowie eine/n Stellvertreter/in entsenden.“

Der Stadtverordnete Hans Otto Jacobi (FDP) begründet zunächst den Antrag und weist darauf hin, dass es sich konkret um die Arbeitsgruppe Kinderbetreuung handelt. Ein wesentlicher Punkt sei, dass die Kontakte zu den Fraktionen gewährleistet seien. Der Antrag sieht vor, dass nicht nur Mitglieder der Fraktionen, sondern auch Experten von den Fraktionen benannt werden können.

An den weiteren Beratungen beteiligen sich die Stadtverordneten Christian Lamping (FWG), Dr. Hans Peter Rathjens (SPD), Peter Scholz (Bündnis 90/Die Grünen), Gerald Harff (parteilos), Cornelia Launhardt (puR), Jörg Egerter (CDU) sowie Bürgermeister Thomas Alber.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen

(7 SPD, 2 FDP, 2 Grüne, 3 puR, 9 CDU, 4 FWG)

1 Nein-Stimme

(1 Hr. Harff)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Antrag der FDP-Fraktion zu.

Top 8

Antrag der FDP-Fraktion vom 17.04.2015 - Erhöhte Zuweisungen für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen

Der Stadtverordnetenversammlung liegt folgender Antrag der FDP-Fraktion vor:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe bekennt sich erneut zu der Aufgabe der Unterstützung von politisch Verfolgten und dankt insbesondere allen ehrenamtlichen Helfern für deren Engagement bei dem Betreuen der in unserer Stadt wohnenden Flüchtlingen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe fordert von Bund, Land Hessen und dem Wetteraukreis, den Städten und Gemeinden angemessene finanzielle Mittel für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Hierzu sind die bereitgestellten Gelder des Bundes aufzustocken und seitens des Landes Hessen sowie des Wetteraukreises deutlich höhere Anteile an die Kommunen weiterzuleiten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von dem Wetteraukreis, dass das Zuteilen von Geldern für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen für alle Städte und Gemeinden nach dem gleichen Maßstab erfolgt. Eine Schlechterstellung von Rosbach v.d.Höhe ist nicht hinnehmbar. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, weiterhin mit größtem Nachdruck die Interessen der Stadt bei dem Erhalt von Geldern für das Unterbringen und Betreuen zugewiesener Flüchtlingen zu vertreten.“

Der Stadtverordnete Hans Otto Jacobi (FDP) begründet zunächst den Antrag. Mit diesem Antrag möchte die FDP einen Beschluss im Sinne der Kommune herbeiführen. Dieser Antrag enthält keine überzeichneten Forderungen oder spitze Formulierungen.

Im Zuge der Beratung beantragt der Stadtverordnete Peter Scholz (Bündnis 90/Die Grünen) den Antrag mit dem Zusatz „humanitäre Flüchtlinge“ im Ersten Absatz zu ändern.

Der geänderte Antrag lautet wie folgt:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe bekennt sich erneut zu der Aufgabe der Unterstützung von politisch Verfolgten sowie humanitäre Flüchtlingen und dankt insbesondere allen ehrenamtlichen Helfern für deren Engagement bei dem Betreuen der in unserer Stadt wohnenden Flüchtlingen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe fordert von Bund, Land Hessen und dem Wetteraukreis, den Städten und Gemeinden angemessene finanzielle Mittel für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Hierzu sind die bereitgestellten Gelder des Bundes aufzustocken und seitens des Landes Hessen sowie des Wetteraukreises deutlich höhere Anteile an die Kommunen weiterzuleiten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von dem Wetteraukreis, dass das Zuteilen von Geldern für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen für alle Städte und Gemeinden nach dem gleichen Maßstab erfolgt. Eine Schlechterstellung von Rosbach v.d.Höhe ist nicht hinnehmbar. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, weiterhin mit größtem Nachdruck die Interessen der Stadt bei dem Erhalt von Geldern für das Unterbringen und Betreuen zugewiesener Flüchtlingen zu vertreten.“

Der Stadtverordnete Christan Lamping (FWG) beantragt die Änderung nur mit dem Zusatz „Flüchtlinge“ im ersten Absatz. Der geänderte Antrag hat folgenden Wortlaut:

„1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe bekennt sich erneut zu der Aufgabe der Unterstützung von politisch Verfolgten sowie Flüchtlingen und dankt insbesondere allen ehrenamtlichen Helfern für deren Engagement bei dem Betreuen der in unserer Stadt wohnenden Flüchtlingen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rosbach v.d.Höhe fordert von Bund, Land Hessen und dem Wetteraukreis, den Städten und Gemeinden angemessene finanzielle Mittel für das Unterbringen und Betreuen von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Hierzu sind die bereitgestellten Gelder des Bundes aufzustocken und seitens des Landes Hessen sowie des Wetteraukreises deutlich höhere Anteile an die Kommunen weiterzuleiten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet von dem Wetteraukreis, dass das Zuteilen von Geldern für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen für alle Städte und Gemeinden nach dem gleichen Maßstab erfolgt. Eine Schlechterstellung von Rosbach v.d.Höhe ist nicht hinnehmbar. Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, weiterhin mit größtem Nachdruck die Interessen der Stadt bei dem Erhalt von Geldern für das Unterbringen und Betreuen zugewiesener Flüchtlingen zu vertreten.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den weitergehenden Änderungsantrag mit dem Zusatz „humanitäre Flüchtlinge“ abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen

(3 SPD, 2 Grüne, 2 puR, 9 CDU)

11 Nein-Stimmen

(4 SPD, 2 FDP, 1 puR, 4 FWG)

1 Stimmenthaltung

(1 Hr. Harff)

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Änderungsantrag mit dem Zusatz „humanitäre Flüchtlinge“ zu.

Das Sitzungsende gemäß § 19 (3) der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung ist erreicht. Folgender Tagesordnungspunkt wird nicht mehr behandelt.

Top 9

Antrag der CDU-Fraktion vom 19.04.2015

- Keine Sanierung des Kreises zu Lasten des Rosbacher Haushalts

Ende der Sitzung

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 22:45 Uhr.

Rosbach v.d.Höhe, den 12.05.2015



Regina Karehnke
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus
Schriftführer